



## **Einladung zur Medienkonferenz des Luzerner Komitees**

**Donnerstag, 11. Mai 2023, 09.00 Uhr – 10.00 Uhr**

**Hotel Waldstätterhof, Zentralstrasse 4, Luzern, im Parterre**

### **Begrüssung**

Nationalrat Roland Fischer

### **Kurzreferate für ein JA zum Klimaschutz-Gesetz**

- Roland Fischer, Nationalrat – Ziele des Gesetzes und Moderation
- Priska Wismer-Felder, Nationalrätin - Aus der Sicht der Landwirtschaft
- Peter Schilliger, Nationalrat – Aus der Sicht der Wirtschaft
- Michael Töngi, Nationalrat – Aus der Sicht von Mieterinnen und Mietern
- Meta Lehmann, Vorstand Casafair – Aus der Sicht von Hauseigentümern
- Kantonsrat Thomas Meier - aus Sicht Neue Energie Luzern

### **Diskussion und Fragen**

Für eine Anmeldung oder im Verhinderungsfall für eine Abmeldung sind wir Ihnen dankbar.  
Bei Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung 079 341 80 14.

Luzerner Komitee

### **JA zum Klimaschutz-Gesetz**

Peter Steiner, Geschäftsführer



## **Klimaschutz- Gesetz 18. Juni**

Medienmitteilung

### **Breite Unterstützung für ein JA zum Klimaschutz-Gesetz**

**Zur Unterstützung des Klimaschutz-Gesetzes, über das am 18. Juni abgestimmt wird, hat sich ein breit abgestütztes Luzerner JA-Komitee gebildet. Es will eine breite Allianz von Personen, Organisationen und Parteien von einem JA überzeugen. Heute hat das Komitee vor den Medien seine Argumente vorgestellt: Das Klimaschutz-Gesetz trägt zu einer sicheren Energieversorgung bei, reduziert die Abhängigkeit der Schweiz von Energieimporten und stärkt den Klimaschutz. Dabei setzt die Vorlage auf wirtschaftliche Anreize – und nicht auf Verbote und neue Steuern.**

Das Klimaschutzgesetz, über das wir am 18. Juni abstimmen, ist der indirekte Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative. So werden in einem nächsten Schritt die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen, um unsere Klimaziele in Einklang mit den internationalen Vereinbarungen zu erreichen. Das vorliegende Klima- und Innovationsgesetz trägt zu einer sicheren Energieversorgung bei, reduziert die Abhängigkeit der Schweiz von Energieimporten und stärkt den Klimaschutz. Für Nationalrat Roland Fischer GLP ist klar: «Die Klimakrise müssen wir gemeinsam anpacken. Mit einem JA zum Klimaschutz-Gesetz übernehmen wir im Kanton Luzern Verantwortung für die Zukunft der Schweiz und für kommende Generationen.»

#### **Das Gesetz fördert und setzt neue Anreize**

Das Klimaschutz-Gesetz setzt auf wirtschaftliche Anreize – und nicht auf Verbote und neue Steuern. Realistische Zwischenziele weisen der Schweiz bis 2050 den Weg zur Klimaneutralität. Konkret fördert das Klimaschutz-Gesetz den Ersatz von Heizungen und Gebäudesanierungen. Dafür stellt der Bund für die kommenden zehn Jahren jährlich 200 Millionen Franken zur Verfügung. In Zukunft soll Energie effizienter genutzt werden. Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer erhalten finanzielle Unterstützung beim Ersatz von Öl-, Gas- und Stromfresser-Heizungen. Für Meta Lehmann, Kantonsrätin SP und Vorstandsmitglied von Casafair Zentralschweiz ist wichtig: «Das Klimaschutz-Gesetz vergünstigt Investitionen in klimafreundliche Heizungen stark. Damit werden die Hauseigentümerinnen und -eigentümer finanziell unterstützt, um von Heizöl, Erdgas und Elektroheizungen wegzukommen.» Nationalrat Michael Töngi Grüne, Vizepräsident des Mieterinnen- und Mieterverbands Schweiz streicht die Bedeutung für den Erhalt preisgünstiger Wohnungen hervor: «Die Fördermassnahmen des Klimaschutzgesetz helfen, fossile Heizungen zu ersetzen, ohne Mietende stärker zu belasten.»

#### **Innovationen und neue Technologien werden gefördert**

Ein wichtiger Ansatz des Klimaschutz-Gesetzes ist die Förderung von innovativer Technik. Der Bund unterstützt Unternehmen bei der Erstellung von innovativen Vorhaben zur Emissionsreduktion. Unternehmen, welche sich verpflichten, ihren Ausstoss von Treibhausgasen verbindlich zu reduzieren, werden über einen Zeitraum von sechs Jahren mit insgesamt 1,2 Milliarden Franken unterstützt. Die

Förderung von Innovationen und neuen Technologien schafft Arbeitsplätze, erzeugt Wertschöpfung im Inland und öffnet Absatzmärkte für die Exportindustrie. Der Wirtschaftsstandort Schweiz wird gestärkt. FDP-Nationalrat Peter Schilliger ist überzeugt: «Unternehmerinnen und Unternehmer sind bereit, den Weg zu CO<sub>2</sub>-Netto-Null konsequent weiterzugehen. Aber die wichtigste Voraussetzung für die Abkoppelung von Erdöl und Gas ist die bedingungslose Versorgungssicherheit mit emissionsarmer Energie.»

### **Klimaschutz – lebenswichtig für die Landwirtschaft**

Die letzten Sommer haben gezeigt, worauf sich auch die Landwirtschaft in Zukunft einstellen muss. Grosse Trockenheit, die zu Ernteaussfällen führt und die Ernährung von Tier und am Ende auch von Menschen gefährdet; Starkniederschläge, welche die Früchte, Gemüse und Getreide innert Stunden komplett zerstören; zu warme Winter, die der Vegetation die Winterruhe rauben und Schadinsekten wie auch Pflanzenkrankheiten ungehinderte Vermehrung ermöglichen. Priska Wismer-Felder, Mitte-Nationalrätin und Vorstandsmitglied des Bäuerinnen- und Bauernverbandes Luzern weiss: «Bäuerinnen und Bauern sind auf Gedeih und Verderb auf die Natur und das Klima angewiesen. Sie sind den immer häufiger auftretenden Wetterkapriolen ausgeliefert.»

### **Auslandabhängigkeit reduzieren**

Die vergangenen Wintermonate und die drohende Energiemangellage haben die Abhängigkeit der Schweiz von Brenn- und Treibstoffen aus dem Ausland deutlich gezeigt. Wir kaufen jährlich Öl und Gas im Wert von ungefähr 8 Milliarden Franken im Ausland. Durch die zunehmende Nutzung einheimischer erneuerbarer Energien wird diese Abhängigkeit reduziert, die Wertschöpfung im Inland erhöht und damit der Schweizer und Luzerner Wirtschaftsstandort gestärkt. Davon profitiert auch das Luzerner Gewerbe. Davon ist Thomas Meier, Kantonsrat FDP und Vorstandsmitglied des Unternehmernetzwerkes «Neue Energie Luzern» überzeugt. Für die NELU ist klar: « Ein JA am 18. Juni ist die logische Fortsetzung des bisherigen Erfolgsweges der Klima- und Energiepolitik im Kanton Luzern.»

Zusammensetzung des Co-Präsidiums: Andrea Gmür, Ständerätin; Damian Müller, Ständerat; Priska Birrer-Heimo, Nationalrätin; Roland Fischer, Nationalrat; Ida Glanzmann-Hunkeler, Nationalrätin; Leo Müller, Nationalrat; Peter Schilliger, Nationalrat; Michael Töngi, Nationalrat; Priska Wismer-Felder, Nationalrätin; Fabian Peter, Regierungsrat, Vorsteher Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement; Pirmin Jung, Präsident Lignum Holzwirtschaft, Zentralschweiz; Markus Kretz, Präsident Luzerner Bäuerinnen- und Bauernverband; Meta Lehmann, Casafair Zentralschweiz; Priska Lorenz, Co-Präsidentin Neue Energie Luzern (NELU); Thomas Meier, Vorstand NELU; Sara Muff, Vorstand WWF Luzern; Andrea Wyss, Präsidentin Pro Natura Luzern, Josef Wyss, Präsident AWG.



## **Klimaschutz- Gesetz 18. Juni**

11. Mai 2023

Es gilt das gesprochene Wort

### **Ziele und Instrumente des Klimaschutzgesetzes**

Roland Fischer, Nationalrat GLP

Die Auswirkungen des rasanten Klimawandels werden immer schlimmer. Zudem steigt die Gefahr von globalen Kippunkten im Klimasystem, wie zum Beispiel das grossflächige Auftauen von Permafrostböden oder das Abschmelzen des Grönlandeises. Auch in der Schweiz sind die Folgen des Klimawandels deutlich spürbar. Die Temperaturen steigen bei uns sogar doppelt so schnell an wie im weltweiten Durchschnitt. Wetterextreme wie Hitzewellen, Dürren und starke Unwetter nehmen zu und verursachen immense Schäden.

Die weitere Erhitzung des Klimas kann nur gestoppt werden, wenn die Treibhausgas-Emissionen weltweit auf Netto-Null fallen. An der Klimakonferenz von Paris im Jahr 2015 haben sich deshalb alle Uno-Mitglieder auf das Netto-Null-Ziel verpflichtet. Alle Staaten sollen bis 2050 nicht mehr Treibhausgase ausstossen, als natürliche und technische CO<sub>2</sub>-Speicher aufnehmen können. Mit dem Klimaschutz-Gesetz setzt die Schweiz das Abkommen um.

Das Klimaschutzgesetz ist ein Rahmengesetz und beinhaltet lediglich 15 Artikel. Zum einen setzt es Ziele und Zwischenziele für die schrittweise Reduktion der Treibhausgasemissionen, aber auch Ziele für die Anwendung von Negativ-Emissionstechnologien. Ausgehend von diesen Zielen verankert das Klimaschutzgesetz realistische Richtwerte für den Gebäude-, Industrie- und Verkehrssektor. Auch der Finanzsektor wird in die Pflicht genommen, indem der Bund Massnahmen zur Verminderung der Klimawirkung von Finanzflüssen trifft.

Das Klimaschutzgesetz legt auch die Grundlagen für Fördermassnahmen fest. Unternehmen oder Branchen, die bis 2029 Fahrpläne zur Erreichung des Netto-Null-Ziels ausarbeiten, werden vom Bund fachlich unterstützt und können vom Programm zur Förderung neuartiger Technologien und Prozesse profitieren. Zudem sichert der Bund Investitions-Risiken für Infrastrukturen ab, die zur Erreichung des Netto-Null-Ziels erstellt werden müssen.

Eine zentrale Massnahme ist auch das Impulsprogramm für Heizungsersatz und Energieeffizienz. Über zehn Jahre fördert der Bund mit je 200 Millionen Franken den Ersatz fossiler Heizungen sowie elektrischer Widerstandsheizungen durch erneuerbare Heizsysteme. Weiter sorgen Bund und Kantone für die notwendigen Massnahmen zum Schutz vor den Auswirkungen des Klimawandels. Zudem senkt die Bundesverwaltung ihre eigenen Treibhausgas-Emissionen bereits bis 2040 auf netto null.

Die Klimaschäden führen in der Schweiz zu Kosten in Milliardenhöhe. Je länger wir warten, desto teurer werden diese Schäden. Wenn wir heute in den Klimaschutz investieren, sparen wir künftig viel Geld. Das Klimaschutz-Gesetz bringt die Schweiz auf Klimakurs. Wir übernehmen Verantwortung für zukünftige Generationen. Wir schützen, was uns wichtig ist.



## **Klimaschutz- Gesetz 18. Juni**

11. Mai 2023

Es gilt das gesprochene Wort

### **Aus der Sicht der Landwirtschaft**

Priska Wismer-Felder, Nationalrätin und Vorstand Bäuerinnen- und Bauernverband Luzern

Klimaschutz wird oft zu Unrecht als eine Modeerscheinung, ein Mainstream oder sogar als Luxusproblem angesehen. - Das ist er nicht! Klimaschutz ist eine Notwendigkeit – eine Lebensnotwendigkeit.

Gerade in der Landwirtschaft sind wir auf Gedeih und Verderb auf die Natur und das Klima angewiesen. Wir Bäuerinnen und Bauern leben mit und von der Natur. Damit sind wir auch den Wetterlaunen - oder anders gesagt - den Wetterkapriolen ausgeliefert. Diese werden immer häufiger, immer extremer, immer unberechenbarer und immer verheerender.

Der letzte Sommer und der letzte Winter haben uns beispielhaft gezeigt, worauf wir uns in Zukunft einstellen müssen: Grosse Trockenheit, die zu Ernteaussfällen führt und die Ernährung von Tier, aber am Ende auch von uns Menschen, gefährdet. Starkniederschläge, welche die Früchte, Gemüse und Getreide innert Stunden komplett zerstören. Zu warme Winter, die der Vegetation die Winterruhe rauben und Schadinsekten wie auch Pflanzenkrankheiten ungehinderte Vermehrung ermöglichen.

Mit diesem Gesetz können wir die Veränderungen im Klima nicht zurückdrehen. Aber wir können den richtigen Weg einschlagen, um das Netto 0 Ziel anzugehen. Dieses Gesetz setzt auf Förderung und Unterstützung und nicht auf Verbote und Steuern. Es unterstützt die Bewohnerinnen und Bewohner unseres Kantons, sich mit Anpassungsmassnahmen vor den negativen Einflüssen der Klimaveränderungen zu schützen. Es nimmt Rücksicht auf die speziellen Bedürfnisse der Randregion. Im Gesetz wird zudem explizit festgehalten, dass die Massnahmen auf eine Stärkung der Volkswirtschaft und der Sozialverträglichkeit ausgerichtet werden müssen.

Es ist ein Gesetz, das die Menschen keineswegs in die Armut treibt. Im Gegenteil: Das Gesetz unterstützt und trägt dazu bei, dass die erforderlichen Schritte und Massnahmen für die Menschen in unserem Land tragbar und trotzdem wirksam sind.

Es ist somit ein wichtiger Schritt, nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für alle, welche die Natur und unsere Schweizer Landschaft lieben.



## Klimaschutz- Gesetz 18. Juni

Luzern, 11. Mai 2023

*Es gilt das gesprochene Wort*

### **Anreize statt Verbote**

Peter Schilliger, Nationalrat

Mein Kurzreferat stelle ich bewusst unter den Titel: «Anreize statt Verbote». Das CO<sub>2</sub> Gesetz ist vor allem deshalb abgelehnt worden, weil es mit Verboten und neuen Abgaben verbunden war. Als Liberaler bin ich nicht mit allem einverstanden, was in diesem indirekten Gegenentwurf zur Gletscherinitiative geregelt wird. Aus meiner Sicht ist das gesunde Mass der für Unterstützungsbeiträge leicht überschritten.

Aber als Politiker weiss und akzeptiere ich, dass es immer wieder Kompromisse braucht. Die im Pariser Klima-Abkommen vereinbarte CO<sub>2</sub>-Netto-Null Strategie wurde vom Parlament ohne Referendums-Androhung ratifiziert. Zudem ist der Klimawandel eine Tatsache. Sicher ist, dass die Schweiz den Klimawandel nicht allein stoppen kann. Aber als innovatives Land mit klugen Köpfen können wir, müssen wir Impulse setzen. Wir müssen Verantwortung übernehmen und handeln – JETZT.

Unternehmerinnen und Unternehmer bewegen sich mit ihren Firmen und Mitarbeitenden in einem harten Konkurrenzumfeld. Nur wenn sie immer wieder von Neuem auf alle wichtigen Veränderungen im Marktumfeld zeitgerecht und verantwortungsvoll reagieren, können sie den langfristigen Erfolg sichern. Es darf auch betont werden, dass viele Unternehmungen bereits ohne staatlichen Druck und auch ohne staatliche Unterstützung den Weg zu mehr Klimaschutz beschritten haben. Die Unternehmerinitiative Neue Energie Luzern ist dafür ein gutes Beispiel. Wir hören später noch davon von Thomas Meier, Vorstandsmitglied NELU.

Unternehmerinnen und Unternehmer sind bereit, den Weg zu CO<sub>2</sub>-Netto-Null konsequent weiterzugehen. Aber die wichtigste Voraussetzung, um von Erdöl und Gas wegzukommen, ist die Versorgungssicherheit mit emissionsarmer Energie. Diese muss gewährleistet sein, ansonsten sind alle Bestrebungen zum Klimaschutz zum Scheitern verurteilt.

Ein wichtiger Ansatz des Klimaschutz-Gesetzes ist die Förderung von innovativer Technik für den Klimaschutz. Der Bund unterstützt Unternehmen bei der Erstellung von innovativen Vorhaben zur Emissionsreduktion. Die Förderung von Innovationen und neuen Technologien schafft Arbeitsplätze, erzeugt Wertschöpfung im Inland und öffnet Absatzmärkte für die Exportindustrie. Ausserdem befreien wir uns weitgehend aus der Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten aus dem Ausland. Dieser ausgewogene Ansatz über Anreiz statt Verboten ermöglicht effektiven Klimaschutz und bietet gleichzeitig Chancen für die Schweizer Wirtschaft. Deshalb unterstütze ich das Klimaschutzgesetz.

11. Mai 2023

Es gilt das gesprochene Wort

## **Wir müssen rascher vorwärts machen**

Michael Töngi, Nationalrat und Vizepräsident Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz

Im Gebäudebereich haben wir in den letzten 30 Jahren einige Fortschritte erzielt. Trotz einer Vergrösserung der Wohnfläche, der Büros und Gewerbebauten konnten die CO<sub>2</sub>-Emissionen gesenkt werden. Leider reicht aber das angeschlagene Tempo nicht. Wir müssen rascher vorwärts machen, wenn wir auch im Gebäudebereich die gesteckten Ziele erreichen wollen.

Das Klimaschutzgesetz unterstützt mit dem vorgesehenen Förderprogramm, dass fossile Heizungen durch erneuerbare Wärme ersetzt wird. Dies kommt Eigentümer\*innen, Mieter\*innen und der Vermieterschaft zugute. Je nach Heizungsersatz und je nach Höhe der Preise bei Heizöl und Gas ist ein Heizungsersatz bereits heute mit nur geringen Mehrkosten verbunden. Eine gezielte Förderung hilft mit, einen Aufschlag weiter zu minimieren. Berechnungen zeigen klar auf, dass die eingesparten Energiekosten oft die höheren Investitionskosten wettmachen. Ja, eine Wärmepumpe ist teurer als eine Gasheizung, aber im Betrieb sind nachher Jahr für Jahr die Kosten viel geringer.

Und es ist klar: Der Ersatz fossiler Heizungen ist im Gebäudebereich die wirksamste und am schnellsten realisierbare Massnahme, um aus den fossilen Energien auszusteigen. Es ist deshalb richtig, dass das Klimaschutzgesetz genau dort ansetzt.

Der Mieterinnen- und Mieterverband prüft energiepolitische Vorlagen genau. Denn Mieterinnen und Mieter können Entscheide über Investitionen nicht mitbestimmen und sind besonders betroffen von Auswirkungen durch Vorgaben und wie sie von der Vermieterschaft umgesetzt werden. Der Mieterinnen- und Mieterverband hat für diese Vorlage die JA-Parole gefasst. Die Fördergelder müssen bei der Berechnung einer Mietzinserhöhung abgezogen werden, weshalb Fördergelder für die Mietenden positiv sind. Die Erhöhungen der Energiepreise haben uns allen vor Augen geführt, dass eine längere Abhängigkeit von Heizöl und Gas auch grosse finanzielle Risiken birgt. Die Unterstützung vom Heizungsersatz ist auch positiv, weil dies Sanierungen im Vergleich zu Abriss und Ersatzneubauten begünstigt, was für Mietende oft zu problematischen Situationen führt. Für einen Heizungsersatz braucht es auch keine überrissenen Sanierungen mit Luxus, die heute immer mehr zu Kündigungen führen.

Bei dieser Vorlage ist der Mieterinnen- und Mieterverband in einer grossen Gesellschaft wiederzufinden, zusammen mit dem Hausverein, dem Schweizerischen Verband der Immobilienwirtschaft SVIT und den Westschweizer Immobilienverbände. Sie alle tragen die Verantwortung mit, die Klimaziele zu erreichen und konkret zu handeln. So hat auch der SVIT in seiner Stellungnahme betont, dass die Ziele erreichbar sind, da sie mit den Erneuerungszyklen in Gebäuden übereinstimmen.



## **Klimaschutz- Gesetz 18. Juni**

11. Mai 2023

Es gilt das gesprochene Wort

# **Klimaschutz-Gesetz unterstützt die Hauseigentümerschaften**

Meta Lehmann, Vorstand Casafair Zentralschweiz und Kantonsrätin der SP

Eine Heizung muss ca. alle 20 Jahre ersetzt werden. Bei einem Gebäude wird also im Moment des Heizungsersatzes entschieden, wie das Gebäude für die nächsten 20 Jahre mit Wärme versorgt wird. 20 Jahre sind eine lange Zeit und ein Gebäude braucht in dieser Zeit einiges an Wärmeenergie.

Genau deshalb sind die Hauseigentümerinnen und -eigentümer ganz wichtige Akteure auf dem Weg zu einer klimaneutralen Schweiz. Das Klimaschutz-Gesetz trägt dieser Tatsache Rechnung.

Mit dem Klimaschutz-Gesetz werden die Hauseigentümerinnen und -eigentümer direkt und konkret unterstützt, damit die Schweiz schnell von Heizöl und Erdgas wekommt. Das Klimaschutz-Gesetz vergünstigt Investitionen in klimafreundliche Heizungen stark. Fördergelder bekommt, wer eine Ölheizung, eine Gasheizung oder eine Elektroheizung durch eine ökologischere Alternative ersetzt. Das kann eine Wärmepumpe sein, ein Fernwärmeanschluss, eine Pelletheizung.

Die Hauseigentümerschaften profitieren finanziell gleich doppelt: Erstens wird ein bedeutender Teil des Heizungsersatzes über die Fördergelder finanziert, zweitens werden sie unabhängig von den Energielieferungen aus dem Ausland und den steigenden Preisen für Heizöl und Gas. Und auch Mieterinnen und Mieter profitieren. Denn einerseits werden auch sie vor den steigenden Heizöl- und Gas-Preisen geschützt. Andererseits reduzieren die Fördergelder den Kostenanteil, der auf die Mieten überwältzt werden kann.

Mit dem neuen Gesetz werden Hausbesitzende im Kanton Luzern je nach Grösse der Anlage zwei- bis dreimal mehr Fördergelder erhalten für eine Heizung in einem Einfamilienhaus im Vergleich zu heute.

Das Förderpaket von 200 Millionen Franken pro Jahr über zehn Jahre ist ein Kernelement des Klimaschutz-Gesetzes. Daneben wird auch die Industrie mit 200 Millionen pro Jahr über sechs Jahre unterstützt in ihren Bemühungen um Energieeffizienz und beim Ausstieg aus den fossilen Energieträgern.

Mit dem Klimaschutz-Gesetz übernehmen wir als Gesellschaft Verantwortung. Wir schaffen die Voraussetzungen, um unseren Kindern und den kommenden Generationen einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen.



Als Alpenland ist die Schweiz besonders stark vom Klimawandel betroffen. Die Temperaturen sind bei uns doppelt so schnell gestiegen wie im weltweiten Durchschnitt. Unsere Gletscher schmelzen. Auch bei uns werden die Sommer zunehmend von Wassermangel und Waldbränden geprägt sein. Wetterextreme mehren sich.

Mit dem Klimaschutz-Gesetz machen wir uns als Gesellschaft auf den Weg um zu verhindern, dass es zu noch drastischeren Auswirkungen auf die Natur und die Tierwelt, auf die Landwirtschaft, die Wirtschaft und die Lebensqualität der Menschen kommt.

Denn das Klimaschutzgesetz definiert nicht nur Ziele. Vielmehr setzt es auch mit einer ganz konkreten Massnahme am richtigen Ort an: Die Gebäudeeigentümerschaften werden finanziell dabei unterstützt, ihre alten Öl- und Gasheizungen auszuwechseln.

Deshalb unterstützen sowohl Casafair Zentralschweiz als auch die SP Kanton Luzern das Gesetz mit voller Überzeugung und auch die Umweltorganisationen engagieren sich für diese Vorlage.

Luzern, 11. Mai 2023

Es gilt das gesprochene Wort

## Ein Ja für die Luzerner Wirtschaft

Thomas Meier, Unternehmer, FDP-Kantonsrat und Vorstand Neue Energie Luzern NELU

Wir engagieren uns seitens der Unternehmerinitiative Neue Energie Luzern an vorderster Front für ein Ja zum Klimagesetz im Kanton Luzern. Für uns von NELU und für den Kanton Luzern ist ein Ja eine ganz logische Fortsetzung des bisherigen Erfolgswegs in der Luzerner Energie- und Klimapolitik. Wir dürfen durchaus stolz auf das sein, was wir im Kanton Luzern in den letzten Jahren erreicht haben.

- Klares Volks-Ja 2018 zu einem fortschrittlichen Energiegesetz. Aktuell wird dieses gerade wieder revidiert.
- Zustimmung im Kantonsrat zu einem umfassenden Planungsbericht Energie und Klima.
- Der Kanton Luzern steht beispielsweise auch an der Spitze beim Ausbau der Solarenergie. Kein anderer Kanton nutzt sein Potenzial bereits so stark aus wie Luzern.

Bei all diesen Themen hat sich NELU an vorderster Front erfolgreich eingesetzt. Wir vereinen über 120 innovative Unternehmen aus dem Kanton Luzern, die sich für Klimaschutz, Energieeffizienz und den Ausbau der erneuerbaren Energie stark machen. Ein Ja zum Klimaschutzgesetz am 18. Juni bietet zahlreiche Vorteile für die ganze Luzerner Wirtschaft.

- Denn vom Klimagesetz profitieren Gewerbe und Haushalte. Aus Sicht von NELU – einer liberalen Unternehmerinitiative – ist besonders wichtig, dass das Gesetz auf Anreize statt Verbote setzt. Beispielsweise für den Ersatz alter Öl- und Gasheizungen. So kommt der Klimaschutz voran, ohne dass Unternehmen oder Konsumentinnen und Konsumenten zur Kasse gebeten werden.
- Heute fliessen Jahr für Jahr 8 Milliarden Franken für Öl, Gas und Kohle ins Ausland ab. Mit dem Klimagesetz bleibt diese Wertschöpfung neu in der Schweiz. Davon profitiert die Luzerner Wirtschaft.
- Nicht zuletzt bietet das Gesetz auch Chancen für Unternehmen auf dem Weg zu Netto-Null. Die Mitglieder von NELU sind heute bereits weit fortgeschritten bei der Umsetzung ihrer eigenen Klimaschutzmassnahmen. So haben wir bei Lehner Versand beispielsweise unser Hauptlager in Schenkon erneuert und dabei eine Fassaden-Solaranlage installiert, die rund 55 000 Kilowattstunden Strom pro Jahr produziert. Bereits vor einigen Jahren wurde auch die bestehende Ölheizung durch eine Wärmepumpe ersetzt. Zudem können Mitarbeitende ihr Elektrofahrzeug während der Arbeitszeit an einer Stromtankstelle kostenlos aufladen. Aktuell befindet sich gerade eine Tiefgarage im Bau, in der jeder Parkplatz mit einer Lademöglichkeit ausgerüstet sein wird.

Mit einem Ja werden weitere Unternehmen oder Branchen, die bis 2029 Fahrpläne zur Erreichung des Netto-Null-Zieles ausarbeiten, vom Bund fachlich unterstützt. Darüber hinaus können sie vom Programm zur Förderung neuartiger Technologien profitieren.

Aus all diesen Gründen ist für uns klar: Ein Ja am 18. Juni ist im Interesse der Luzerner Wirtschaft. NELU kämpft dafür, dass Luzern auf seinem erfolgreichen Pfad in der Energie- und Klimapolitik bleibt.